

14. Wahlperiode

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 14. Plenarsitzung vom 7. Dezember 2006

1. Anfrage des Abg.
Ernst Behringer CDU

Eingang: 21. 11. 2006

Zukunft der Landespolizeidirektionen und der Polizeidirektionen im Land

- a) Wie bewertet die Landesregierung die in einem Pressebericht in der Heilbronner Stimme vom 28. Oktober 2006 erhobene Forderung, die Landespolizeidirektionen „als künstliche Zwischenstellen“ aufzulösen und die Polizeidirektionen zu Einheiten mit mindestens 1.000 Beschäftigten zusammenzulegen?
- b) Gibt es bereits entsprechende Erwägungen der Landesregierung?

2. Anfrage des Abg.
Martin Rivoir SPD

Eingang: 24. 11. 2006

Sperrung der B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm für Lkw über 12 t

- a) Welche Gründe sprechen dagegen, die B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm für den Durchgangsverkehr für Lkw über 12 t Gesamtgewicht, ähnlich wie im Großraum Stuttgart bereits umgesetzt, zu sperren?
- b) Trifft es zu, dass zwar westlich und östlich dieser Durchgangsstraße eine Umweltzone zur Feinstaubbekämpfung ausgewiesen werden soll, mitten durch diese Umweltzone aber, auf der B 10/B 28, weiterhin ungehindert Schwerlastverkehr fahren darf?

3. Anfrage des Abg.
Gustav-Adolf Haas SPD

Eingang: 30. 11. 2006

Dem Land Baden-Württemberg entstandene Kosten bei dem Besuch von Nato-Generälen in Freiburg und in der Region sowie angefallene Mehrarbeitsstunden

- a) Wurden die vom Innenministerium in der Landtagsdrucksache 14/518 angeführten Personal- und Sachkosten in Höhe von 119.430 Euro, die bei dem Polizeieinsatz bei dem Besuch von fünf Nato-Generälen in Freiburg und in der Region entstanden sind, dem Bundesminister für Verteidigung zwischenzeitlich mit der Bitte um Erstattung in Rechnung gestellt?
- b) Wie hoch war der Anteil der Mehrarbeitsstunden für Polizeibeamte des Landes Baden-Württemberg bei diesem Einsatz und wie werden diese Stunden vergütet?

4. Anfrage des Abg.
Hagen Kluck FDP/DVP

Eingang: 01. 12. 2006

Datenübermittlung im SWIFT-Verfahren in die USA

- a) Welche Schritte hat die Landesregierung nach Beschluss der obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich vom 8./9. November 2006 in die Wege geleitet, damit durch die im Land ansässigen Banken entweder eine Übermittlung von Daten in die USA unterbunden werden kann oder aber zumindest die übermittelten Datensätze hinreichend gesichert werden, damit der bislang mögliche Zugriff der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden künftig ausgeschlossen ist?
- b) Ist sichergestellt, dass die im Land ansässigen Banken gemäß § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz ihre Kundinnen und Kunden darüber informieren, dass im Falle der Weiterleitung von grenzüberschreitenden Zahlungsaufträgen die Datensätze auch an ein in den USA ansässiges SWIFT Operating Center übermittelt werden?

5. Anfrage des Abg.
Dr. Christoph Palmer CDU

Eingang: 04. 12. 2006

Restitutionsansprüche

- a) Wie bewertet die Landesregierung – zumindest vorläufig – die Restitutionsansprüche auf Bilder und Kunstgegenstände in baden-württembergischen Museen?
- b) Auf welche konkreten Kunstwerke in baden-württembergischen Museen werden derzeit Eigentumsansprüche geltend gemacht und ist mit weiteren Ansprüchen – wenn ja, welchen – zu rechnen?

6. Anfrage des Abg.
Reinhold Pix GRÜNE

Eingang: 04. 12. 2006

Umsetzung der Einsparpläne aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel bezogen auf den ländlichen Raum

- a) Nach welchen Gesichtspunkten sollen Einsparungen aufgrund der Kürzungen der Regionalisierungsmittel im strukturschwachen ländlichen Raum mit seinen strukturbedingt zwangsläufig niedrigen Fahrgastzahlen vorgenommen werden?
- b) Inwieweit ist nach den Plänen der Landesregierung künftig die Region Hochschwarzwald und konkret die Bahnlinien Freiburg–Donaueschingen und Titisee–Seebrugg (Dreiseenbahn) von Streckenausdünnungen oder -streichungen betroffen?